

# Zeittafel zur Entstehung und Geschichte der Bundesrepublik Deutschland

- 7.—9. 5. 1945 Die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht beendet die Kampfhandlungen auf dem europäischen Kriegsschauplatz und bedeutet gleichzeitig auch das Ende der nationalsozialistischen Diktatur.
5. 6. 1945 Mit der von den vier alliierten Befehlshabern unterzeichneten Berliner Erklärung übernehmen die Regierungen der Siegermächte in Deutschland die oberste Regierungsgewalt. Die alliierten Oberbefehlshaber treffen außerdem „Feststellungen“ über die Organisation eines Alliierten Kontrollrates und über die Aufteilung Deutschlands in vier Besatzungszonen „innerhalb seiner Grenzen, wie sie am 31. Dezember 1937 bestanden“: eine östliche sowjetische, eine nordwestliche britische, eine südwestliche amerikanische und eine westliche französische Zone. Das von den Streitkräften aller vier Mächte zu besetzende Gebiet von Groß-Berlin wird von einer unmittelbar dem Kontrollrat unterstehenden interalliierten Behörde, der Kommandatura, verwaltet.
14. 7. 1945 Die zunächst vom alliierten Oberbefehlshaber Eisenhower regierten Westzonen werden voneinander unabhängig. Der jeweilige Militärgouverneur übernimmt in seiner Besatzungszone die höchste gesetzgebende, rechtsprechende und vollziehende Gewalt.
2. 8. 1945 Die Staats- und Regierungschefs der UdSSR, der USA und Großbritanniens legen in Form einer „Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin“ die politischen und wirtschaftlichen Grundsätze der Behandlung Deutschlands fest (Potsdamer Abkommen). — Die hauptsächlichsten Ziele sind: Entmilitarisierung, Wiedergutmachung,

Entnazifizierung und Demokratisierung. Die Selbstverwaltung soll von unten (Gemeinde) nach oben (Land) wiederhergestellt und das Gerichtswesen entsprechend den Grundsätzen der Demokratie und Gerechtigkeit reorganisiert werden. Eine zentrale Regierung darf nicht errichtet werden, doch sollen unter Aufsicht des Kontrollrats zentrale Verwaltungen für Finanzen, Transport, Verkehr, Außenhandel und Industrie tätig werden. Deutschland ist als wirtschaftliche Einheit zu betrachten.

- ab 27. 8. 1945 In den drei Westzonen werden politische Parteien demokratischer und anti-nationalsozialistischer Grundhaltung zugelassen. In der amerikanischen Zone am 27. August 1945 auf Kreisebene und am 23. November auf Länderebene, in der britischen Zone am 15. September auf Kreisebene, und in der französischen Zone am 12. Dezember.
30. 8. 1945 Der als zentrale Kontrollbehörde für Deutschland vorgesehene Alliierte Kontrollrat tritt in Berlin zusammen. Er soll für eine „angemessene“ Einheitlichkeit des Vorgehens der Besatzungsmächte Sorge tragen. Seine Entscheidungen über alle „Deutschland als Ganzes betreffenden wesentlichen Fragen“ müssen einstimmig getroffen werden.
17. 10. 1945 Die von der Militärregierung eingesetzten Ministerpräsidenten von Bayern, Württemberg-Baden und Hessen vereinbaren eine ständige Konferenz in Gestalt eines Länderrates zu bilden.
2. 11. 1945 Die Besatzungsmächte kommen überein, rund 6,65 Millionen Deutsche aus Ungarn, Polen und der Tschechoslowakei auszuweisen. Der Kontrollrat stimmt am 20. November zu, diese Vertriebenen in den vier Besatzungszonen anzusiedeln.
6. 11. 1945 Der Länderrat der amerikanischen Zone tritt in Stuttgart zusammen. Ihm obliegt es, im Rahmen der politischen Richtlinien der Militärregierung alle über den Bereich eines Landes hinausreichenden Fragen, wie das Flüchtlingsproblem, gemeinsam zu lösen.

- 14.—16. 12. 1945 Die christlich-demokratischen Parteien der britischen Zone, der amerikanischen Zone und Berlins einigen sich auf einem Treffen in Bad Godesberg auf die einheitliche Bezeichnung Christlich Demokratische Union Deutschlands. Die bayerische Schwesterpartei behält ihre Bezeichnung Christlich-Soziale Union in Bayern.
- 20./27. 1. 1946 Die ersten politischen Wahlen seit Kriegsende finden in Hessen, Bayern und Württemberg-Baden statt: In den Landgemeinden der amerikanischen Zone werden Gemeindevertretungen gewählt.
15. 2. 1946 Mit der Berufung eines Zonenbeirats mit Sitz in Hamburg zur Beratung der britischen Militärregierung „auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens“ setzt auch in der britischen Zone eine Normalisierung der Verhältnisse ein.
15. 9./13. 10. 1946 In der britischen und französischen Zone werden Gemeindewahlen und Kreistagswahlen abgehalten.
24. 11. 1946 Erste Landtagswahlen in Württemberg-Baden.
1. 12. 1946 Erste Landtagswahlen in Bayern und Hessen.
1. 1. 1947 Das Abkommen über die Zusammenlegung der amerikanischen und der britischen Zone tritt in Kraft. Durch die Schaffung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes (Bizone) soll die im Potsdamer Abkommen vorgesehene wirtschaftliche Einheit Deutschlands wenigstens teilweise verwirklicht werden. Die französische Regierung leistet der amerikanischen Aufforderung zum Beitritt ihrer Besatzungszone zur Bizone zunächst keine Folge, da sie nach wie vor für eine Dezentralisierung Deutschlands eintritt. — Erst am 8. April 1949 wird die französische Zone mit der Bizone zusammengeschlossen (Trizone).
10. 3.—24. 4. 1947 Auch die fünfte (Moskauer) Konferenz des Rates der Außenminister führt — abgesehen von dem Beschuß, die deutschen Kriegsgefangenen bis zum 31. Dezember 1948 zurückzuführen — zu keinem Einvernehmen über die deutsche Frage.
20. 4. 1947 Landtagswahlen in der britischen Zone.

18. 5. 1947 Landtagswahlen in der französischen Zone.

5. 6. 1947 Unter dem Eindruck des negativen Ausgangs der Moskauer Außenministerkonferenz sichert der amerikanische Außenminister George C. Marshall in einer Rede vor Studenten der Harvard-Universität den Völkern Europas die Lieferung von Lebensmitteln, Rohstoffen und anderen für den Wiederaufbau notwendigen Gütern zu. Diese Hilfe soll auch zur Selbsthilfe anregen. Marshall fordert die europäischen Völker auf, sich auf die eigene Kraft zu besinnen und ein gemeinsames Programm — in das Deutschland eingeschlossen sein soll — zum Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft zu entwerfen (European Recovery Program/ERP).

6.—8. 6. 1947 Die einzige Konferenz aller deutschen Ministerpräsidenten scheitert an der Haltung der Vertreter aus der sowjetischen Besatzungszone. Die Ministerpräsidenten treffen sich in München, um durch gemeinsame Gespräche den Weg zu ebnen für eine Zusammenarbeit aller deutschen Länder im Sinne wirtschaftlicher Einheit und künftiger politischer Zusammenarbeit.

10. 6. 1947 Das anglo-amerikanische Abkommen über die Neugestaltung der bizonalen Wirtschaftsstellen sieht vor, als oberstes Organ der Bizone einen Wirtschaftsrat einzusetzen, „um die Lösung dringender wirtschaftlicher Probleme und den Aufbau des Wirtschaftslebens durch dem Volke verantwortliche deutsche Stellen zu fördern“. Dieser Rat erhält später die Bezeichnung „Wirtschaftsrat für das vereinigte Wirtschaftsgebiet (amerikanisches und britisches Besatzungsgebiet in Deutschland)“.

12. 7.—22. 9. 1947 Während der ersten Marshallplan-Konferenz in Paris gründen 16 westeuropäische Staaten ein Komitee für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit (CEEC). Im Schlußbericht ist vorgesehen, auch die westlichen Besatzungszonen Deutschlands in den Marshallplan einzubeziehen.

2. 6. 1948 Da die Westmächte jede weitere Verhandlung mit der UdSSR über Deutschland als Ganzes für aussichtslos halten, einigen sie sich mit den Beneluxländern auf der

Londoner Sechsmächtekonferenz (23. Februar bis 2. Juni 1948) über eine Teillösung der Deutschlandfrage. Die Konferenz anerkennt in ihrem Schlußkommuque die Notwendigkeit, „dem deutschen Volke die Möglichkeit zu geben, auf der Grundlage einer freien und demokratischen Regierungsform die schließliche Wiederherstellung der gegenwärtig nicht bestehenden deutschen Einheit zu erlangen“. Deshalb wird empfohlen, die Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder zu ermächtigen, eine verfassunggebende Versammlung einzuberufen.

- 21. 6. 1948 Da die ursprünglich vorgesehene gesamtdeutsche Währungsreform wegen des sowjetischen Boykotts des Alliierten Kontrollrates nicht zustande kommt, wird in den drei westlichen Zonen eine Währungsreform durchgeführt: Die bisher gültige Reichsmark-Währung wird durch eine neue Währung, die Deutsche Mark (DM), ersetzt.
- 23. 6. 1948 Die Kommandanten der drei Westsektoren von Berlin erklären einen Befehl der Sowjetischen Militäradministration über die Durchführung einer Währungsreform in Groß-Berlin für den Bereich ihrer Sektoren für null und nichtig und führen in Berlin (West) die neue westdeutsche Währung ein.
- 24. 6. 1948 Daraufhin lässt die Sowjetische Militäradministration den Personen- und Güterverkehr zwischen Berlin (West) und den Westzonen wegen „technischer Schwierigkeiten“ unterbrechen sowie alle Strom- und Kohlelieferungen nach den Westsektoren wegen „Kohlemangels“ einstellen. Am 30. Juni wird auch der Verkehr auf den Wasserstraßen gesperrt. Die Berliner Blockade hat begonnen; sie wird am 12. Mai 1949 aufgehoben. — Die für die Versorgung der Westberliner Bevölkerung benötigten Lebensmittel und sonstigen Güter werden seit dem 26. Juni 1948 über eine anglo-amerikanische Luftbrücke nach Berlin (West) befördert.
- 1. 7. 1948 Die drei westlichen Militärgouverneure übergeben am 1. Juli 1948 den elf westdeutschen Ministerpräsidenten auf einer gemeinsamen Sitzung in Frankfurt am Main drei auf

den Londoner Empfehlungen beruhende Dokumente. Diese Frankfurter Dokumente enthalten Vorschläge für die Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung zum 1. September zwecks Gründung eines westdeutschen Staates, Anregungen für eine Neugliederung der Ländergrenzen in den Westzonen und Leitsätze für ein Besatzungsstatut.

- 8.—21. 7. 1948 Die Länderchefs kommen auf Konferenzen vom 8. bis 10. Juli in Koblenz sowie vom 15. bis 16. und 20. bis 21. Juli in Rüdesheim schließlich überein, den Auftrag anzunehmen. Sie sind von Anfang an bemüht, alles zu vermeiden, was dem zu schaffenden Grundgesetz eine Bedeutung verleiht, die allein einer endgültigen Verfassung zukommt. Deshalb erhält zum Beispiel die verfassunggebende Versammlung die Bezeichnung **Parlamentarischer Rat** statt Nationalversammlung. Dessen Mitglieder werden durch die Landtage benannt. Auch wird auf eine Volksabstimmung über das Grundgesetz verzichtet.
- 10.—23. 8. 1948 Eine von den Landesregierungen berufener Ausschuß von Sachverständigen für Verfassungsfragen tritt vom 10. bis 23. August 1948 in Herrenchiemsee zusammen, um Richtlinien für ein „Grundgesetz für den Bund deutscher Länder“ auzuarbeiten.
1. 9. 1948 Der Parlamentarische Rat konstituiert sich in Bonn und wählt Konrad Adenauer (CDU) zum Vorsitzenden.
13. 2. 1949 Der Hauptausschuß des Parlamentarischen Rates schließt in dritter Lesung seine Arbeit am Entwurf eines Grundgesetzes ab.
15. 3. 1949 Der amerikanische Militärgouverneur Lucius D. Clay gibt bekannt, daß die negative Phase der amerikanischen Besetzungs politik abgeschlossen sei und nun eine konstruktive Deutschlandpolitik beginne.
- 6.—8. 4. 1949 Auf einer Deutschlandkonferenz in Washington verabschieden die Außenminister der drei Mächte das Besatzungsstatut und ein Abkommen über die Dreimächtekontrolle.

8. 5. 1949 Der Parlamentarische Rat billigt in dritter Lesung mit großer Mehrheit das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland.
12. 5. 1949 Die drei Militärgouverneure genehmigen das Grundgesetz.
12. 5. 1949 Die sowjetische Blockade Berlins wird aufgehoben.
23. 5. 1949 **Der in Bonn tagende Parlamentarische Rat stellt in öffentlicher Sitzung fest, daß das am 8. Mai von ihm beschlossene Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in der Woche vom 16. bis 22. Mai durch die Volksvertretungen von mehr als zwei Dritteln der beteiligten westdeutschen Länder angenommen worden ist. Aufgrund dieser Feststellung fertigt der Präsident des Parlamentarischen Rates, Konrad Adenauer (CDU), das Grundgesetz aus und verkündet es im Namen und im Auftrage des Parlamentarischen Rates unter Mitwirkung der Abgeordneten Groß-Berlins.**
14. 8. 1949 Wahlen zum ersten Deutschen Bundestag.
7. 9. 1949 In Bonn konstituieren sich der Deutsche Bundestag und der Bundesrat.
12. 9. 1949 In Bonn wählt die Bundesversammlung Theodor Heuss (FDP) zum ersten Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland.
15. 9. 1949 Der Deutsche Bundestag wählt Konrad Adenauer (CDU) zum ersten Bundeskanzler.
20. 9. 1949 Bundeskanzler Konrad Adenauer stellt dem Deutschen Bundestag die von ihm gebildete Regierung aus CDU/CSU, FDP und Deutsche Partei vor.
3. 11. 1949 Der Deutsche Bundestag spricht sich mit 200 gegen 179 Stimmen dafür aus, daß Bonn Sitz der Legislative und Exekutive des Bundes ist.
10. 11. 1949 Die Außenminister der drei Mächte bekräftigen bei Besprechungen in Paris ihre Politik, der Bundesregierung in der Führung der deutschen Staatsgeschäfte weiten Spielraum zu lassen und eine allmähliche Eingliederung

des deutschen Volkes in die europäische Gemeinschaft zu befürworten.

22. 11. 1949 Petersberger Abkommen: Durch dieses von den Hohen Kommissaren und dem Bundeskanzler unterzeichnete Abkommen wird der Bundesrepublik Deutschland genehmigt, konsularische Beziehungen zu ausländischen Staaten aufzunehmen und in internationalen Organisationen mitzuarbeiten.
28. 11. 1949 Die Alliierte Hohe Kommission hebt den Lizenzzwang für politische Parteien auf.
29. 11. 1949 Der Bund beginnt mit der Neuverteilung der in den ersten Nachkriegsjahren überwiegend in ländliche Bezirke der Länder Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein eingewiesenen Flüchtlinge. Im Rahmen der in den Jahren 1949 bis 1961 durchgeführten Umsiedlungsaktionen erhalten rund eine Million Flüchtlinge und Vertriebene einen neuen Wohnsitz.
20. 1. 1950 Der Bundespräsident führt aufgrund eines Beschlusses der Bundesregierung Bundeswappen, Bundesadler und Bundessiegel ein.
- 8.2.1950 Die Bundesregierung gibt ein Arbeitsbeschaffungsprogramm bekannt: Zur Behebung der Arbeitslosigkeit werden 3,4 Milliarden Mark zur Verfügung gestellt — zum größten Teil für den Sozialen Wohnungsbau. Es gelingt, die im Februar verzeichnete Höchstzahl von rund zwei Millionen Arbeitslosen bis Ende September um mehr als 720.000 zu verringern.
22. 3. 1950 Die Bundesregierung appelliert erstmalig an alle Deutschen, an die vier Besatzungsmächte und an die Weltöffentlichkeit, die deutsche Einheit durch freie, gesamtdeutsche Wahlen wiederherzustellen.
31. 3. 1950 Das Bundeskabinett beschließt, die Rationierung der Lebensmittel zu beenden. Künftig werden keine Lebensmittelkarten mehr ausgegeben.
- 11.—13. 5. 1950 Londoner Konferenz der Außenminister der drei Westmächte über die Deutschlandpolitik und Berlin-Frage.

In einer Erklärung über die deutsche Einheit setzen die Außenminister die Grundsätze für die Wiedervereinigung Deutschlands fest: Der erste Schritt wären freie Wahlen für eine verfassunggebende Versammlung. Durch diese Versammlung solle eine gesamtdeutsche Regierung gebildet werden. Dann könnten sich die vier Mächte der Friedensregelung zuwenden.

- 9. 6. 1950 Erklärung zur Oder-Neiße-Grenze. Zu einer am 6. Juni in Warschau zwischen der DDR und Polen vereinbarten Deklaration über die Markierung der festgelegten und bestehenden deutsch-polnischen Grenze (Warschauer Erklärung) stellt die Bundesregierung fest, daß die „derzeitige kommunistische Regierung, die der Bevölkerung der Sowjetzone aufoktroyiert wurde“, nicht legitimiert sei, die Oder-Neiße-Grenze als endgültige deutsch-polnische Grenze zu garantieren. Am 13. Juni nimmt auch der Deutsche Bundestag in einer Sondersitzung im Namen aller Fraktionen und Gruppen – ausgenommen der KPD – gegen die Warschauer Erklärung Stellung: Die Regelung dieser wie aller Grenzfragen Deutschlands könne nur durch einen Friedensvertrag erfolgen, „der von einer demokratisch gewählten deutschen Regierung als ein Vertrag der Freundschaft und der guten Nachbarschaft mit allen Nationen baldigst geschlossen werden muß...“
- 15. 6. 1950 Der Deutsche Bundestag beschließt auf Vorschlag der Bundesregierung mit 220 gegen 152 Stimmen den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Europarat.
- 4. 8. 1950 Das Berliner Abgeordnetenhaus verabschiedet eine neue Verfassung, die Berlin (West) den Charakter einer Stadt und eines Landes der Bundesrepublik Deutschland verleiht.
- 5. 8. 1950 Die in Stuttgart versammelten ostdeutschen Landsmannschaften verkünden die Charta der deutschen Heimatvertriebenen.
- 22. 8. 1950 Das Gesetz über die Aufnahme von Deutschen in das Bundesgebiet (Notaufnahmegesetz) regelt die Erteilung der Erlaubnis zum ständigen Aufenthalt in der Bundesrepublik

- Deutschland an Zuwanderer aus der DDR sowie die Verteilung der Aufgenommenen auf die Bundesländer. Bis zum 13. August 1961 werden insgesamt 2.686.942 Flüchtlinge aus dem anderen Teil Deutschlands registriert.
- 20./22. 10. 1950 Erster Bundesparteitag der CDU in Goslar. Konrad Adenauer wird zum ersten Bundesvorsitzenden der CDU gewählt.
1. 2. 1951 Der Deutsche Bundestag nimmt das Gesetz über das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) mit den Stimmen aller Fraktionen außer der KPD an. Das Gesetz tritt am 12. März in Kraft.
13. 3. 1951 Das Bundeskabinett beschließt, im Sinne der Revision des Besatzungsstatuts ein Auswärtiges Amt zu gründen und Auslandsvertretungen zu errichten. Am 15. März übernimmt der Bundeskanzler auch das neugeschaffene Amt des Bundesaußenministers. Am gleichen Tage wird das Auswärtige Amt als Bundesministerium gegründet.
10. 4. 1951 Der Deutsche Bundestag verabschiedet mit den Stimmen der CDU und der SPD das Montanmitbestimmungsgesetz.
- 11.—19. 4. 1951 Erster Besuch des Bundeskanzlers in Frankreich. Am 18. April unterzeichnen die Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs, Italiens und der Beneluxstaaten in Paris den Vertrag für die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS).
9. 7. 1951 Die drei Westmächte geben die Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland bekannt.
11. 1. 1952 Der Deutsche Bundestag verabschiedet mit 232 gegen 143 Stimmen den Entwurf eines Gesetzes zur Ratifizierung des Vertrages über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS).
29. 4./2. 5. 1952 Als Ergebnis eines Briefwechsels zwischen dem Bundeskanzler und dem Bundespräsidenten wird das „Lied der Deutschen“ als Nationalhymne der Bundesrepublik Deutschland anerkannt. Der Bundeskanzler schlägt vor, bei öffentlichen Veranstaltungen die dritte Strophe zu singen.

26. 5. 1952 In Bonn wird der „Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den drei Mächten“ (Deutschlandvertrag) mit den Zusatzverträgen (Truppenvertrag, Finanzabkommen, Überleitungsvertrag sowie Anhänge über Hilfeleistung an Berlin und Satzung des Schiedsgerichts) unterzeichnet.
27. 5. 1952 Der Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG-Vertrag) wird in Paris von den Außenministern der sechs Montanunion-Staaten unterzeichnet.
23. 7. 1952 Der Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) tritt in Kraft.
1. 9. 1952 Das Gesetz über den Lastenausgleich vom 14. August 1952 tritt in Kraft.
11. 10. 1952 Das Betriebsverfassungsgesetz wird verkündet.
19. 3. 1953 Der Deutsche Bundestag ratifiziert den Deutschlandvertrag und den EVG-Vertrag.
19. 5. 1953 Das Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (Bundesvertriebenengesetz) legt einen bundeseinheitlichen Vertriebenen- und Flüchtlingsbegriff fest.
10. 6. 1953 Der Deutsche Bundestag fordert in einer einstimmigen Entschließung eine Viermächtekonferenz über freie Wahlen in ganz Deutschland, die Bildung einer freien gesamtdeutschen Regierung und den Abschluß eines Friedensvertrages, der die Handlungsfreiheit Gesamtdeutschlands sichert.
17. 6. 1953 Volksaufstand in Ost-Berlin und in der DDR. Aus Protestdemonstrationen der Arbeiterschaft gegen die Erhöhung der Arbeitsnormen entwickeln sich Kundgebungen der Bevölkerung gegen das SED-Regime. Der Aufstand kann nur durch das bewaffnete Eingreifen sowjetischer Truppen unter blutigen Verlusten der Bevölkerung und durch drakonische Strafmaßnahmen niedergeschlagen werden. Der Ausnahmezustand wird am 11. Juli wieder aufgehoben. Der 17. Juni wird am 4. August

durch Bundesgesetz zum Tag der deutschen Einheit bestimmt. In dem Gesetz heißt es: „Am 17. Juni 1953 hat sich das deutsche Volk in der sowjetischen Besatzungszone und in Ost-Berlin gegen die kommunistische Gewaltherrschaft erhoben und unter schweren Opfern seinen Willen zur Freiheit bekundet. Der 17. Juni ist daher zum Symbol der deutschen Einheit in Freiheit geworden.“

6. 9. 1953 Wahlen zum zweiten Deutschen Bundestag.
20. 10. 1953 Bundeskanzler Adenauer kündigt in seiner Regierungserklärung ein umfassendes Sozialprogramm an. Die Lage der Rentner solle verbessert, das Sozialprodukt erhöht und der Wohnungsbau gefördert werden. Außenpolitische Ziele seien, die völkerrechtliche Unabhängigkeit der Bundesrepublik herzustellen und Deutschland in Frieden und Freiheit wiederzuvereinigen sowie die Oder-Neiße-Grenze nicht anzuerkennen. Außerdem wolle Adenauer die Freilassung der in der UdSSR festgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen erreichen. Die Saarfrage solle im Geiste der europäischen Zusammenarbeit geregelt werden.
26. 2. 1954 Der Deutsche Bundestag billigt gegen die Stimmen der SPD das Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes, das die Wehrhoheit der Bundesrepublik Deutschland begründet.
20. 6. 1954 Bundeskanzler Adenauer verlangt in einer Rede in Düsseldorf, daß die Souveränität der Bundesrepublik Deutschland — unabhängig von der Ratifizierung des EVG-Vertrages — wiederhergestellt wird. In einem Interview fordert er, daß Frankreich den EVG-Vertrag in unveränderter Fassung ratifiziert. Am 30. August lehnt die französische Nationalversammlung jedoch jede weitere Aussprache über den EVG-Vertrag und somit also auch die Ratifizierung dieses Vertrages ab. Damit sind vorerst auch der Deutschland-Vertrag und die Saarlösung gescheitert.
27. 9.—3. 10. 1954 Besuch des Bundeskanzlers aus Anlaß einer Neunmächtekonferenz in Großbritannien. In der Schlußakte (Londoner Akte) erklären die Vertreter der drei

möglich zu beenden und das Besetzungsstatut aufzuheben. Doch wollen sie weiterhin die sich aus der Teilung Deutschlands ergebenden Verantwortlichkeiten wahrnehmen. Die Bundesregierung wird als die einzige deutsche Regierung bezeichnet, die berechtigt sei, als Vertreter des deutschen Volkes in internationalen Angelegenheiten für Deutschland zu sprechen. Die Konferenz beschließt ferner, der NATO-Ministerrat solle die Bundesrepublik Deutschland auffordern, der NATO beizutreten. Im Zusammenhang mit der Kontrolle der Rüstung und der Bewaffnung verzichtet die Bundesrepublik Deutschland freiwillig auf die Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen.

7. 10. 1954 Europa-Resolution des Deutschen Bundestages: Der Deutsche Bundestag billigt — gegen die Stimmen der SPD — eine Entschließung, in der er sich erneut zur Einigung Europas, zur Bewahrung des Friedens und zur Sicherung der Freiheit des deutschen Volkes in der Gemeinschaft der freien Welt bekennt und sich ausdrücklich bereit erklärt, einen Verteidigungsbeitrag zu leisten. Er sei auch gewillt, die politische Zusammenarbeit in der europäisch-atlantischen Solidarität nach Kräften zu fördern, vor allem aber daran mitzuwirken, daß eine dauerhafte Grundlage für das freundschaftliche Zusammenleben Deutschlands und Frankreichs geschaffen werde.

19.—23. 10. 1954 Teilnahme des Bundeskanzlers an den Pariser Konferenzen. Auf einer Viermächtekonferenz der drei Westmächte und der Bundesrepublik Deutschland, einer Neunmächtekonferenz der Unterzeichner der Londoner Akte, einer Fünfzehnmächtekonferenz der NATO-Mitglieder und der Bundesrepublik Deutschland sowie einer Zweimächtekonferenz zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich werden die in der Londoner Akte niedergelegten Beschlüsse und das Saar-Statut vertraglich geregelt und unterzeichnet.

Als Ergebnis der Neunmächtekonferenz der Unterzeichnerstaaten der Londoner Akte wird der

geänderte bzw. ergänzte „Vertrag über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zusammenarbeit und über berechtigte kollektive Selbstverteidigung“ (Brüsseler Pakt) unterzeichnet und damit die Westeuropäische Union (WEU) gegründet.

Als Ergebnis einer Fünfzehnmächtekonferenz mit den NATO-Mitgliedern wird ein Protokoll des Beschlusses unterzeichnet, die Bundesrepublik Deutschland zum Eintritt in den Nordatlantikpakt einzuladen.

Die drei Westmächte anerkennen in einer — von den anderen NATO-Mitgliedern übernommenen — Erklärung die Bundesregierung als einzige deutsche Regierung (Alleinvertretung). Sie stellen gleichzeitig fest, daß die friedensvertragliche Regelung für Gesamtdeutschland und die Wiedervereinigung grundsätzliche Ziele ihrer Politik seien, betrachten jede gewaltsame Bedrohung der Unversehrtheit und Einheit der NATO oder deren defensiver Ziele als Bedrohung des eigenen Friedens und der eigenen Sicherheit und garantieren das Wohl Berlins (Berlin-Garantie).

13. 11. 1954 Rechtsanspruch auf Kindergeld für das dritte und jedes weitere Kind: Durch das Gesetz über die Gewährung von Kindergeld und die Einrichtung von Familienausgleichskassen wird für Familien von Erwerbstätigen in der Privatwirtschaft ab Januar 1955 ein vom Arbeitgeber getragenes Kindergeld für das dritte und jedes weitere Kind in Höhe von je 25 Mark monatlich bis zum vollendeten 18. Lebensjahr eingeführt.
27. 2. 1955 Der Deutsche Bundestag ratifiziert — gegen die Stimmen der SPD — die Pariser Verträge.
5. 5. 1955 Die Souveränität der Bundesrepublik Deutschland wird proklamiert.
5. 5. 1955 Das deutsch-französische Abkommen über das Europäische Statut der Saar (Saar-Statut) tritt in Kraft.
5. 5. 1955 Der Vertrag über die Westeuropäische Union tritt in Kraft.
6. 5. 1955 Der Nordatlantikvertrag (NATO-Vertrag) tritt für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft.

23. 7. 1955 Das Freiwilligen-Gesetz bildet die Grundlage für den Aufbau der deutschen Streitkräfte. Bis zum 1. August melden sich 152.166 Freiwillige für den Dienst in den Streitkräften.
- 8.—14. 9. 1955 Eine Regierungsdelegation unter Leitung von Bundeskanzler Konrad Adenauer reist nach Moskau. In vier Arbeitssitzungen kommen beide Seiten überein, diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Bundeskanzler Adenauer erklärt am 14. September auf einer Pressekonferenz in Moskau, die Sowjetregierung habe in den Verhandlungen sehr entschieden erklärt, daß die Sowjetunion keine deutschen Kriegsgefangenen mehr zurückhalte, sondern nur 9.626 „Verurteilte“, die in allerkürzester Zeit heimkehren würden. Am 7. Oktober trifft im Grenzdurchgangslager Friedland der erste Heimkehrerzug ein. Bis zum Jahresende werden 7.326 ehemalige Kriegsgefangene, 2.622 Internierte und 5.588 Zivilverschleppte in die Bundesrepublik entlassen.
20. 9. 1955 Die sowjetische Regierung erklärt in einem Vertrag über die Beziehungen zwischen der UdSSR und der DDR die DDR zum „souveränen Staat“.
23. 10. 1955 Das Saar-Statut wird verworfen. Im Saarland lehnen — bei einer Wahlbeteiligung von 97,5 v.H. — 67,7 v.H. der Wähler das Europäische Statut der Saar ab. Dieses Abstimmungsergebnis ist der erste Schritt auf dem Wege zur Angliederung des Saarlandes an die Bundesrepublik Deutschland.
31. 1. 1956 Der neu gewählte saarländische Landtag beschließt in einer Grundsatzzerklärung die Angliederung des Saarlandes an die Bundesrepublik Deutschland.
4. 6. 1956 Luxemburger Abkommen über die Angliederung des Saarlandes. Bundeskanzler Konrad Adenauer und der französische Ministerpräsident Guy Mollet vereinbaren in Luxemburg, daß das Saarland zum 1. Januar 1957 politisch und bis zum 1. Januar 1960 wirtschaftlich an die Bundesrepublik Deutschland angegliedert wird.

27. 10. 1956 Vertrag mit Frankreich zur Regelung der Saarfrage. Nach längeren Verhandlungen über den Status des Saarlandes (seit dem 20. Februar) wird die politische Rückgliederung in das Bundesgebiet auf den 1. Januar 1957 festgelegt. In einer Übergangszeit (bis spätestens 31. Dezember 1959) soll die Wirtschafts- und Währungsunion mit Frankreich bleiben.
1. 1. 1957 Das Saarland wird in die Bundesrepublik Deutschland eingegliedert.
23. 2. 1957 Gesetze zur Neuregelung des Rechts der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten verkündet: Kernstück der rückwirkend zum 1. Januar 1957 in Kraft gesetzten Rentenreform ist die bruttolohnbezogene dynamische Rente.
25. 3. 1957 Unterzeichnung der „Römischen Verträge“. Die Außenminister der sechs EGKS-Staaten unterzeichnen in Rom den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und den Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (EAG, auch: Euratom). Mit diesen beiden Verträgen wird das mit der Montanunion begonnene Werk der wirtschaftlichen Einigung Europas fortgesetzt.
18. 6. 1957 Das Gesetz über die Gleichberechtigung von Mann und Frau im bürgerlichen Recht wird verkündet.
15. 9. 1957 Wahlen zum dritten Deutschen Bundestag: Die CDU/CSU erringt unter der Führung von Bundeskanzler Konrad Adenauer die absolute Mehrheit.
1. 1. 1958 Die „Römischen Verträge“ über die Gründung der EWG und EAG treten in Kraft.
- 1.—3. 10. 1958 Sitzungswoche des Deutschen Bundestages in Berlin (West). Zum Abschluß der Debatte nimmt der Deutsche Bundestag einstimmig einen Entschließungsantrag an, in dem der Grundsatz eines freien Willensentscheides zur Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands bekräftigt wird.

11. 5.—5. 8. 1959 Deutschlandkonferenz der Außenminister der vier Mächte in Genf: Am 14. Mai legt der amerikanische Außenminister Christian Herter einen westlichen Friedensplan vor, der die Wiederherstellung der deutschen Einheit mit dem gleichzeitigen Aufbau eines europäischen Sicherheitssystems verbindet. Als erster Schritt sind Wahlen in ganz Berlin vorgesehen.
1. 7. 1959 In Berlin wählt die Bundesversammlung Landwirtschaftsminister Heinrich Lübke (CDU) zum Bundespräsidenten.
- 26./27. 8. 1959 Besuch des amerikanischen Präsidenten Eisenhower in Bonn. Der Präsident bekräftigt die Entschlossenheit der USA, das Problem der Teilung Deutschlands entsprechend den Wünschen des deutschen Volkes zu lösen. Er weist auch auf das Versprechen der USA und ihrer Verbündeten hin, die Freiheit und den Wohlstand der Berliner Bevölkerung zu schützen (Berlin-Garantie).
23. 6. 1960 Das Gesetz über den Abbau der Wohnungswangswirtschaft und über ein soziales Miet- und Wohnrecht wird verkündet.
8. 5. 1961 Sonderkonferenz mit den drei Westmächten über Deutschland. Die vier Außenminister stellen auf einer Konferenz im Rahmen der Osloer NATO-Ratstagung (8. bis 10. Mai) fest, daß eine Lösung der deutschen Probleme nur auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts möglich sei.
30. 6. 1961 Das Bundessozialhilfegesetz wird verkündet.
12. 7. 1961 Das Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer (312-Mark-Gesetz) wird verkündet.
18. 7. 1961 Das Gesetz über die Gewährung von Kindergeld für zweite Kinder wird verkündet.
2. 8. 1961 Im Monat Juli stellten 30.415 Bewohner aus der DDR in Berlin (West), Gießen beziehungsweise Uelzen Antrag auf Notaufnahme. Dies ist die größte Flüchtlingszahl in einem Monat seit 1953.

13. 8. 1961 In Berlin werden die Grenzen zwischen dem Ost- und den drei Westsektoren sowie die Stadtgrenze zur DDR abgeriegelt, an den Sektorengrenzen wird mit dem Bau einer Mauer begonnen. Alle Verkehrsverbindungen zwischen beiden Teilen Berlins werden unterbrochen.
22. 1. 1963 In Paris unterzeichnen Präsident de Gaulle und Bundeskanzler Konrad Adenauer den Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit (Elysee-Vertrag).
29. 7. 1963 Abbau der Wohnungswangswirtschaft: Das soziale Miet- und Wohnrecht wird verkündet.
15. 10. 1963 Bundeskanzler Konrad Adenauer tritt zurück.
16. 10. 1963 Der Deutsche Bundestag wählt Ludwig Erhard (CDU) zum neuen Bundeskanzler.
14. 4. 1964 Das Bundeskindergeldgesetz wird verkündet. Das am 6. März vom Deutschen Bundestag einstimmig gebilligte Gesetz über die Neuregelung des Kindergeldes vereinheitlicht das bisher auf mehrere Gesetze verstreute Recht und beseitigt unterschiedliche Regelungen der Mittelaufbringung und Organisation. Gleichzeitig werden die Leistungen an Familien mit mehr als zwei Kindern verbessert: Rückwirkend ab 1. Januar werden für das dritte Kind 50, für das vierte Kind 60 und für das fünfte und jedes weitere Kind 70 Mark — statt bisher einheitlich je 40 Mark — monatliches Kindergeld gezahlt.
16. 11. 1964 Das Steueränderungsgesetz 1964 wird verkündet. Kernstück dieses vom Deutschen Bundestag am 22. Oktober verabschiedeten Gesetzes ist eine erhebliche Senkung des Einkommensteuertarifs und die Einführung eines Arbeitnehmerfreibetrages ab 1. Januar 1965. Zusammen mit dem Steueränderungsgesetz 1965 (vom 14. Mai 1965) wird die jährliche Steuerbelastung um rund 3,5 Milliarden Mark gesenkt.
1. 7. 1965 Das zweite Vermögensbildungsgesetz wird verkündet. Es sieht Steuerfreiheit für vermögensbildende Leistungen vor und erhöht für kinderreiche Familien den steuerbegünstigten Betrag.

25. 3. 1966 Friedensnote der Bundesregierung. Die Note enthält Vorschläge zur Abrüstung und zur Sicherung des Friedens. Die Note bringt auch die Bereitschaft der Bundesrepublik Deutschland zum Ausdruck, mit den osteuropäischen Ländern förmliche Gewaltverzichtserklärungen auszutauschen.
27. 10. 1966 Konflikt zwischen den Koalitionspartnern: Die vier FDP-Bundesminister treten zurück. Damit ist die seit dem 26. Oktober 1965 bestehende Koalition zwischen der CDU/CSU und der FDP beendet.
10. 11. 1966 Die CDU/CSU-Fraktion benennt den baden-württembergischen Ministerpräsidenten Kurt Georg Kiesinger als Kandidaten für die Nachfolge Ludwig Erhardts.
27. 11. 1966 CDU/CSU und SPD bilden eine „Große Koalition“.
1. 12. 1966 Der Deutsche Bundestag wählt Kurt Georg Kiesinger (CDU) zum neuen Bundeskanzler.
19. 4. 1967 Konrad Adenauer stirbt im Alter von 91 Jahren.
24. 7. 1967 Das Gesetz über die politischen Parteien wird verkündet. Das vom Deutschen Bundestag am 28. Juni mit wenigen Gegenstimmen verabschiedete Parteiengesetz regelt die verfassungsrechtliche Stellung und die Aufgaben der Parteien und legt die Rechte der Mitglieder, Grundsätze für die Willensbildung in den Parteigremien sowie Grundsätze und Umfang der Erstattung der Wahlkampfkosten durch den Staat fest.
11. 3. 1968 Vor dem Deutschen Bundestag gibt Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger den ersten Bericht über die Lage der Nation im geteilten Deutschland ab.
30. 5. 1968 Der Deutsche Bundestag verabschiedet die Notstandsverfassung.
5. 3. 1969 Die Bundesversammlung wählt in Berlin Bundesjustizminister Gustav Heinemann (SPD) zum Bundespräsidenten.
28. 9. 1969 Wahlen zum sechsten Deutschen Bundestag.

3. 10. 1969 Die FDP beschließt, einer Koalition mit der SPD zuzustimmen. Die Koalitionsverhandlungen zwischen der SPD und der FDP werden am 15. Oktober abgeschlossen.
21. 10. 1969 Der Deutsche Bundestag wählt Willy Brandt (SPD) zum neuen Bundeskanzler.
12. 8. 1970 Bundeskanzler Brandt und Bundesaußenminister Scheel unterzeichnen in Moskau den Vertrag über Gewaltverzicht und Zusammenarbeit (Moskauer Vertrag).
7. 12. 1970 Bundeskanzler Brandt und Bundesaußenminister Scheel unterzeichnen in Warschau den Vertrag über die Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen.
3. 9. 1971 Die Botschafter der drei Westmächte in der Bundesrepublik Deutschland und der sowjetische Botschafter in der DDR unterzeichnen in Berlin (West) das Vier-Mächte-Rahmenabkommen, auf das sie sich am 23. August geeinigt haben.
1. 3. 1972 Der Deutsche Bundestag verabschiedet das Krankenhausfinanzierungsgesetz.
2. 3. 1972 Der Deutsche Bundestag verabschiedet das 30. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes. Damit erhält der Bund die konkurrierende Gesetzgebungskompetenz auf den Gebieten der Abfallbeseitigung, Luftreinhaltung und Lärmbekämpfung.
3. 6. 1972 Die Ostverträge und das Viermächte-Abkommen über Berlin treten in Kraft.
22. 9. 1972 Der Deutsche Bundestag wird aufgelöst. Nachdem die knappe Mehrheit der SPD/FDP-Koalition im Deutschen Bundestag nach Übertritten von Mandatsträgern der Koalition zur Opposition bis zum „parlamentarischen Patt“ geschwunden war, wie es sich bei der Beratung des Kanzleretats am 28. April 1972 gezeigt hatte, sind Neuwahlen zum Deutschen Bundestag notwendig geworden.
19. 11. 1972 Wahlen zum siebten Deutschen Bundestag.

14. 12. 1972 Der Deutsche Bundestag wählt Willy Brandt zum zweitenmal zum Bundeskanzler.
- 9.—11. 5. 1973 Der Deutsche Bundestag berät abschließend das Ratifizierungsgesetz zum Grundlagenvertrag mit der DDR sowie das Gesetz zum Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur Charta der Vereinten Nationen.
12. 6. 1973 Auf einem Sonderparteitag der CDU wird der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Helmut Kohl zum neuen CDU-Bundesvorsitzenden gewählt.
18. 9. 1973 Die Bundesrepublik Deutschland wird Mitglied der Vereinten Nationen.
20. 2. 1974 Der Deutsche Bundestag ratifiziert den Atomsperrvertrag.
25. 4. 1974 Die Bundesanwaltschaft gibt bekannt, daß ein enger Mitarbeiter von Bundeskanzler Brandt im Bundeskanzleramt, Günter Guillaume, unter dem Verdacht der Spionage für die DDR festgenommen worden ist.
6. 5. 1974 Bundeskanzler Brandt erklärt seinen Rücktritt.
15. 5. 1974 Die Bundesversammlung wählt in Bonn Bundesaußenminister Walter Scheel (FDP) zum Bundespräsidenten.
16. 5. 1974 Der Deutsche Bundestag wählt Helmut Schmidt zum neuen Bundeskanzler.
21. 8. 1974 Die Bundesrepublik Deutschland wird Mitglied der Genfer Abrüstungskonferenz.
- 23.—25. 6. 1975 Der Bundesparteitag der CDU in Mannheim bestätigt Helmut Kohl in seinem Amt als Parteivorsitzender. Außerdem behandelt und verabschiedet der Parteitag die „Mannheimer Erklärung“, die die außen-, innen- und gesellschaftspolitische Position der CDU beschreibt.
12. 12. 1975 Der Deutsche Bundestag verabschiedet das Hochschulrahmengesetz.
18. 3. 1976 Der Deutsche Bundestag verabschiedet das Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer.

24. 6. 1976 Der Deutsche Bundestag verabschiedet das Anti-Terror-Gesetz.
27. 1. 1977 Das Bundesdatenschutzgesetz wird verkündet.
16. 3. 1978 Der Deutsche Bundestag verabschiedet einstimmig das Gesetz über die Wahl der Abgeordneten zum Europäischen Parlament (Europawahlgesetz).
23. 6. 1978 Der Deutsche Bundestag verabschiedet das Gesetz zur Beschleunigung des Asylverfahrens.
- 23.—25. 10. 1978 Bundesparteitag der CDU in Ludwigshafen: Die CDU beschließt erstmals ein Grundsatzprogramm. In der Präambel heißt es, die Politik der Partei beruhe auf dem christlichen Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott.
23. 5. 1979 Die Bundesversammlung wählt den Bundestagspräsidenten Karl Carstens (CDU) zum Bundespräsidenten.
1. 7. 1979 Inkrafttreten des Gesetzes über den Mutterschaftsurlaub.
- 12.—14. 12. 1979 NATO-Ministerratstagung in Brüssel: Beschuß, in der Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien und Italien nukleare Mittelstreckenraketen zu stationieren; Angebot an die Staaten des Warschauer Paktes, Rüstungskontrollverhandlungen zu führen.
5. 5. 1980 Zum 25. Jahrestag des Inkrafttretens der Pariser Verträge würdigen die Außenminister der drei Westmächte und der Bundesrepublik Deutschland die Bedeutung und fortlaufende Gültigkeit dieser Verträge; alle Bemühungen zur Verwirklichung der Einheit der deutschen Nation werden von den drei westlichen Außenministern unterstützt.
19. 1. 1981 Rückgang des Reiseverkehrs aus der Bundesrepublik Deutschland in die DDR seit der am 13. Oktober 1980 erfolgten Erhöhung des Mindestumtauschs um mehr als 24% gegenüber 1979.
- 9./10. 3. 1981 Der CDU-Bundesparteitag in Mannheim bestätigt Helmut Kohl für weitere zwei Jahre als Parteivorsitzenden. Der

Parteitag verabschiedet ein Aktionsprogramm für die achtziger Jahre.

5. 6. 1981 Der Deutsche Bundestag billigt das Haushaltsgesetz 1981 in dritter Lesung. Eine Reihe von Ausgabenansätzen mußten im Haushaltsverfahren heraufgesetzt werden: Das Ausgabenvolumen beträgt schließlich 231,16 Milliarden Mark, die Nettokreditaufnahme steigt auf 33,76 Milliarden Mark.
26. 6. 1981 Der Bundesrat versagt dem Haushaltsgesetz 1981 seine Zustimmung und ruft den Vermittlungsausschuß an.
3. 9. 1981 Nach längeren Verhandlungen zwischen den Koalitionspartnern beschließt die Bundesregierung den Bundeshaushalt 1982 mit einem Volumen von 240,8 Milliarden Mark (+ 4,2%). Die Neuverschuldung wurde durch zusätzliche Steuerbelastungen und den Abbau von Sozialleistungen auf 26,5 Milliarden Mark begrenzt. Unter anderem sollen das Kindergeld für Zweit- und Dritt Kinder um je 20 Mark und die Arbeitnehmer-Sparzulage um zehn Prozent gekürzt, ferner Sekt- und Branntweinsteuer erhöht und bei der Arbeitslosenversicherung die Anwartschafts- und Sperrzeiten verlängert werden.
12. 11. 1981 Der Deutsche Bundestag verabschiedet gegen die Stimmen der CDU/CSU-Opposition und einiger SPD-Abgeordneter die unter der Bezeichnung „Operation 82“ zusammengefaßten Spargesetze zur Sanierung des Bundeshaushalts 1982. Die Gesetze sehen u. a. eine Kürzung des Kindergeldes, die Erhöhung der Steuern auf Sekt, Branntwein und Tabak, den Abbau von Steuervergünstigungen und die Einschränkung sozialer Leistungen sowie die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von drei auf vier Prozent vor.
5. 6. 1982 CDU-Großkundgebung mit mehr als 100.000 Teilnehmern in Bonn unter dem Motto „Gemeinsam für Frieden und Freiheit“. Parallelveranstaltung der CSU in München mit 50.000 Teilnehmern unter dem Motto „Freiheit, Frieden, Freunde“.
- 15./16. 9. 1982 Erste Lesung des Bundeshaushalts 1983.

17. 9. 1982 Bundeskanzler Schmidt kündigt das Regierungsbündnis mit der FDP auf. Die FDP-Bundestagsfraktion und der FDP-Parteivorstand sprechen sich für Koalitionsverhandlungen mit der CDU/CSU aus. Rücktritt der FDP-Bundesminister.
20. 9. 1982 Die Partei- und Fraktionsvorsitzenden von CDU, CSU und FDP nehmen Koalitionsgespräche auf.
28. 9. 1982 Einigung auf ein gemeinsames Sachprogramm für eine Regierungskoalition aus CDU, CSU und FDP.
1. 10. 1982 Der Deutsche Bundestag wählt Helmut Kohl (CDU) aufgrund eines konstruktiven Mißtrauensvotums mit 256 von 495 abgegebenen gültigen Stimmen zum neuen Bundeskanzler.
13. 10. 1982 In seiner ersten Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag legt Bundeskanzler Helmut Kohl ein Dringlichkeitsprogramm vor. Er befaßt sich zugleich mit der wirtschaftlichen und politischen Krise und nennt die Ziele und Grundsätze seiner Regierung.
8. 12. 1982 Das Bundeskabinett beschließt eine Novelle zur technischen Anleitung Luft (TA Luft), die vor allem die Abgabewerte von 15 aufgeföhrten krebserzeugenden Stoffen begrenzt.
17. 12. 1982 Abstimmung über die Vertrauensfrage nach Art. 68 GG im Deutschen Bundestag: der Bundeskanzler beantragt beim Bundespräsidenten die Auflösung des Deutschen Bundestages.
23. 12. 1982 Inkrafttreten des Gesetzes zur Wiederbelebung der Wirtschaft und Beschäftigung und zur Entlastung des Bundeshaushalts.
7. 1. 1983 Auflösung des neunten Deutschen Bundestages nach Art. 6 GG durch den Bundespräsidenten.
6. 3. 1983 Wahl zum zehnten Deutschen Bundestag.
29. 3. 1983 Helmut Kohl wird erneut zum Bundeskanzler gewählt.
- 4.—6. 5. 1983 Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl mit anschließender Bundestagsdebatte.

20. 7. 1983 Das Bundeskabinett beschließt, ab 1986 nur neue Kraftfahrzeuge zuzulassen, die mit Katalysatoren für bleifreies Benzin ausgerüstet sind, das zum gleichen Zeitpunkt eingeführt werden soll.
27. 7. 1983 Die Bundesregierung legt ein in sieben Stufen unterteiltes Aktionsprogramm „Rettet den Wald“ vor. Seine Schwerpunkte sind deutsche und internationale Normensetzungen für die Luftreinhaltung und marktwirtschaftlich wirkende Instrumente für die Schadstoffbegrenzung.
26. 10. 1983 Das Bundeskabinett beschließt, die amerikanischen Grenzwerte für den Schadstoffausstoß der Autos zu übernehmen.
- 21./22. 11. 1983 Regierungserklärung und Debatte im Deutschen Bundestag über den NATO-Doppelbeschuß. Der Deutsche Bundestag beschließt gegen die Stimmen der SPD, am NATO-Doppelbeschuß festzuhalten.
30. 12. 1983 Unterzeichnung der Vereinbarung zwischen dem Berliner Senat und der Deutschen Reichsbahn der DDR zur Übernahme der in Berlin (West) gelegenen S-Bahn-Strecke.
1. 1. 1984 Inkrafttreten des Gesetzes zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und zur Einschränkung von steuerlichen Vorteilen (jährliche Entlastung der Wirtschaft bei den Steuern um knapp vier Milliarden Mark). Wirksamwerden des Gesetzes zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer durch Kapitalbeteiligungen (Vermögensbeteiligungsgesetz).
14. 3. 1984 Das Bundeskabinett verabschiedet die „Konzeption zur Förderung der Entwicklung der Mikroelektronik, der Informations- und Kommunikationstechniken“.
22. 3. 1984 Das Bundeskabinett stimmt dem „Programm Umweltforschung und Umwelttechnologie 1984 bis 1987“ zu, nach dem umweltrelevante Forschungs- und Entwicklungsvorhaben mit insgesamt zwei Milliarden Mark gefördert werden sollen.
28. 3. 1984 Das Bundeskabinett beschließt Steuererleichterungen für Alleinerziehende.

29. 3. 1984 Der Deutsche Bundestag verabschiedet das Gesetz zur Erleichterung des Übergangs vom Arbeitsleben in den Ruhestand (Vorruhestandsgesetz).
23. 5. 1984 Die Bundesversammlung wählt den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Richard von Weizsäcker (CDU), zum Bundespräsidenten.
7. 6. 1984 Die Ministerpräsidenten der Länder beschließen die Errichtung einer Kulturstiftung der Länder.
17. 6. 1984 Wahl zum Europäischen Parlament in der Bundesrepublik Deutschland.
21. 6. 1984 Die Bundesregierung beschließt eine Steuerentlastung in Höhe von 20,2 Milliarden Mark in zwei Stufen: Zum Januar 1986 sind unter anderem eine Aufstockung des Kinderfreibetrages auf 2.400 Mark, eine Erhöhung des Grundfreibetrages sowie Abschläge auf die Steuerschuld vorgesehen. Im Januar 1988 soll die eigentliche Tarifentlastung in Kraft treten.
28. 6. 1984 Der Deutsche Bundestag verabschiedet das Gesetz zur Errichtung einer Stiftung „Mutter und Kind — Schutz des ungeborenen Lebens“. Zweck der Stiftung ist es, werdenden Müttern in persönlichen Notlagen durch finanzielle Unterstützung die Fortsetzung der Schwangerschaft zu erleichtern.
1. 8. 1984 Eine Reihe von Neuregelungen im innerdeutschen Reiseverkehr tritt in Kraft; z. B. dürfen Rentner aus der DDR jetzt bis zu 60 Tagen in der Bundesrepublik Deutschland bleiben; sie dürfen nicht nur Verwandte, sondern nunmehr auch Bekannte besuchen; im grenznahen Verkehr zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland werden Mehrfachberechtigungsscheine ausgegeben, die für sechs (bisher drei) Monate gültig sind. Die Aufenthaltsdauer für Einreisen in grenznahe Kreise der DDR wird auf zwei Tage ausgedehnt.
19. 9. 1984 Das Bundeskabinett beschließt die verbindliche Einführung von Katalysatoren bei Neuwagen vom 1. Januar 1989 an. Die Anschaffung eines Katalysator-Autos schon nach dem 1. Juli 1985 soll

steuerlich begünstigt werden. Für Autos mit über zwei Litern Hubraum gelten die strengen Abgaswerte schon von 1988 an.

- 1. 11. 1984 Die erste internationale Nordseekonferenz in Bremen spricht sich dafür aus, daß die Anrainerstaaten die unerlaubte Schadstoffeinleitung und Abfallbeseitigung in die Nordsee künftig stärker überwachen.
- 18. 12. 1984 Die Bundesregierung beschließt einen Gesetzentwurf zur leistungsfördernden Steuersenkung und zur Entlastung der Familien, ferner einen Gesetzentwurf zur Änderung des Bundeskindergeldgesetzes.
- 19.—22. 3. 1985 Der Bundesparteitag der CDU in Essen wählt Helmut Kohl erneut zum Parteivorsitzenden. Zentrales Sachthema des Parteitages ist die Stellung der Frau in Familie, Beruf und Gesellschaft.
- 2.—4. 5. 1985 Weltwirtschaftsgipfel der sieben führenden westlichen Industrieländer in Bonn.
- 24. 5. 1985 Der Deutsche Bundestag beschließt das „Gesetz zur leistungsfördernden Steuersenkung und zur Entlastung der Familie“ (Steuerentlastungsgesetz), das ab 1. Januar 1986 in Kraft tritt und mit einem Volumen von knapp elf Milliarden Mark besonders die Familien mit Kindern begünstigt. Die zweite Stufe tritt am 1. Januar 1988 in Kraft, mit einem Entlastungsvolumen von rund 8,5 Milliarden Mark.
- 21. 6. 1985 Der Deutsche Bundestag verabschiedet das Gesetz zur Neuordnung der Hinterbliebenenrenten sowie zur Anerkennung von Kindererziehungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung.
- 14. 11. 1985 Der Deutsche Bundestag verabschiedet das Gesetz über die Gewährung von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub. Mütter oder Väter erhalten für die Betreuung von Kindern, die nach dem 31. Dezember 1985 geboren werden, ein Erziehungsgeld von 600 Mark monatlich, und zwar 1986 bis 1987 zehn Monate lang, ab 1988 ein Jahr lang. Vom sechsten Monat an ist das Erziehungsgeld einkommensabhängig. Für die gleichen Zeiträume hat der

Bezieher des Erziehungsgeldes Anspruch auf Erziehungsurlaub.

20. 12. 1985 Der Bundesrat verabschiedet mit den Stimmen der CDU/CSU-regierten Länder eine Entschließung zum Schutz des ungeborenen Lebens.
1. 1. 1986 Inkrafttreten zahlreicher Gesetzesänderungen, unter anderem Erhöhung des Wohngeldes, Verbesserungen beim Arbeitslosengeld, Senkung der Beitragssätze bei der Arbeitslosenversicherung, Gewährung von Kindererziehungsgeld.
6. 1. 1986 Die Preissteigerungsrate in der Bundesrepublik Deutschland ist 1985 auf 2,2% gesunken.
13. 1. 1986 Bekanntgabe von Wirtschafts- und Arbeitsmarktdaten: Das Bruttonsozialprodukt der Bundesrepublik Deutschland wuchs 1985 um 2,5%. Die Zahl der Erwerbstätigen nahm 1985 um 200.000 auf 25,5 Millionen zu.
6. 5. 1986 Kulturabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR.
26. 8. 1986 Das Bundeskabinett beschließt Maßnahmen zur Eindämmung des Asylantenstroms.
24. 9. 1986 Das Bundeskabinett verabschiedet einen Energiebericht. Zentrale Punkte sind die friedliche Nutzung der Kernenergie, die Fortführung der Kohlepolitik und die Konzentration der Forschung auf umweltfreundliche Verbrennungstechniken fossiler Energieträger sowie der Sicherheit von Kernkraftanlagen und nuklearer Entsorgung.
- 7./8. 10. 1986 Der Bundesparteitag der CDU in Mainz verabschiedet ein „Zukunftsmanifest“, in dem die Politik der CDU für die neunziger Jahre aufgezeigt ist.
16. 10. 1986 Der Deutsche Bundestag verabschiedet das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Stiftung „Mutter und Kind — Schutz des ungeborenen Lebens“. Der Schutz des ungeborenen Lebens wird verbessert durch eine Erhöhung der Mittel dieser Bundesstiftung bis 1988 auf insgesamt 80 Millionen Mark.

5. 12. 1986 Der Deutsche Bundestag verabschiedet das Gesetz zur Bekämpfung des Terrorismus.
9. 1. 1987 Bekanntgabe der Preisentwicklung 1986 in der Bundesrepublik Deutschland: Die Verbraucherpreise sind gegenüber dem Vorjahr um 0,2 Prozent gesunken.
25. 1. 1987 Wahlen zum elften Deutschen Bundestag.
11. 3. 1987 Der Deutsche Bundestag wählt Helmut Kohl (CDU) erneut zum Bundeskanzler.
18. 3. 1987 Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl unter dem Motto „Die Schöpfung bewahren — Die Zukunft gewinnen“.
1. 4. 1987 Die Bundesregierung beschließt die Aufstockung der zum 1. Januar 1988 geplanten Steuerentlastung von 8,5 auf 13,7 Milliarden Mark. Es handelt sich um eine teilweise Vorwegnahme der für 1990 geplanten Steuerreform.
7. 5. 1987 Regierungserklärung zur Null-Lösung bei den Mittelstreckenraketen größter Reichweite.
11. 5. 1987 Besuch des französischen Staatspräsidenten François Mitterrand in Berlin (West) aus Anlaß der 750-Jahr-Feier. In Berlin bekräftigt er die Garantien seines Landes für die Freiheit und die Sicherheit Berlins.
25. 6. 1987 Der Deutsche Bundestag verabschiedet das Kindererziehungsleistungs-Gesetz. Das Gesetz regelt die Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung für Kindererziehung an Mütter der Geburtsjahre vor 1921. Die Leistungen beginnen in vier Stufen ab 1. Oktober 1987. Sie betragen etwa 27 Mark im Monat und werden nicht auf andere Sozialleistungen angerechnet.
26. 6. 1987 Der Deutsche Bundestag beschließt die von der Regierungskoalition vereinbarte Steuerentlastung von 5,2 Milliarden DM ab 1. Januar 1988.
25. 8. 1987 Das Abkommen über wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit mit der DDR wird paraphiert.
2. 9. 1987 Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl zum Abbau der Mittelstreckenraketen.

- 7.—11. 9. 1987 SED-Generalsekretär Erich Honecker stattet der Bundesrepublik Deutschland einen offiziellen Besuch ab. Während des Besuchs werden folgende Abkommen und Vereinbarungen unterzeichnet:
- Abkommen über die weitere Gestaltung der Beziehungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes,
  - Abkommen über Informations- und Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet des Strahlenschutzes,
  - Abkommen über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wissenschaft und Technik.
- Während des Besuchs des SED-Generalsekretärs werden eine Reihe von Erleichterungen des Besucherverkehrs zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR vereinbart. Diese betreffen unter anderem Fahrpreisermäßigungen bei Bahnreisen, die Weiterentwicklung des Tourismus, die Förderung und die Weiterentwicklung des Jugendaustauschs, die Städtepartnerschaften und die Sportbegegnungen.
7. 10. 1987 Nach Angaben von Bundeskanzler Helmut Kohl haben im laufenden Jahr bereits mehr als drei Millionen Bewohner der DDR die Bundesrepublik Deutschland besucht. Fast 900.000 dieser Besucher sind unterhalb des Rentenalters gewesen.
15. 10. 1987 Bundeskanzler Helmut Kohl erstattet vor dem Deutschen Bundestag den Bericht zur Lage der Nation. Der Bundeskanzler erklärt, sowohl die innerdeutschen als auch die Ost-West-Beziehungen insgesamt hätten eine Dynamik entwickelt, die vor wenigen Jahren niemand für möglich gehalten habe. Der Bundeskanzler bekräftigt das Festhalten der Bundesregierung an der Einheit der deutschen Nation: „Die deutsche Frage bleibt historisch, aber auch rechtlich und politisch offen.“
16. 10. 1987 Der Deutsche Bundestag beschließt die Einsetzung einer Enquete-Kommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“.
9. 11. 1987 Der CDU-Bundesparteitag in Bonn wählt Bundeskanzler Helmut Kohl erneut zum Parteivorsitzenden.

1. 1. 1988 Die Bundesrepublik Deutschland übernimmt die Präsidentschaft des Europäischen Rates.
1. 1. 1988 Die Steuerentlastungen aus der zweiten Stufe der dreiteiligen Steuerreform 1986/88/90 werden wirksam.
22. 1. 1988 Bundeskanzler Helmut Kohl und der französische Staatspräsident François Mitterrand unterzeichnen in Paris zwei Vertragsprotokolle über die Gründung eines Verteidigungs- sowie eines Finanz- und Wirtschaftsrates.
- 11./12. 2. 1988 Sondertreffen des Europäischen Rates in Brüssel.
11. 5. 1988 Das Bundeskabinett beschließt den Gesetzentwurf zur Neustrukturierung des Post- und Fernmeldewesens und der Deutschen Bundespost.
- 13.—15. 6. 1988 Die CDU beschließt auf ihrem Bundesparteitag in Wiesbaden und auf zwei nachfolgenden Bundesausschusssitzungen (12. und 26. September) Programmaussagen zur Außen- und Deutschlandpolitik, zum Schutz des Lebens und der Würde des Menschen, zur Wirtschaftspolitik, zur Familienpolitik und zur Sozialpolitik. Außerdem werden Eckpunkte für eine Rentenstrukturreform festgelegt. Als erste politische Partei in der Bundesrepublik Deutschland legt die CDU ein umfassendes Konzept „für ein menschliches Miteinander mit Kranken, Behinderten und Pflegebedürftigen“ vor.
15. 6. 1988 Einbringung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung zur Strukturreform im Gesundheitswesen.
- 27./28. 6. 1988 Tagung des Europäischen Rates in Hannover zum Abschluß der deutschen Ratspräsidentschaft.
31. 8. 1988 Die Bundesregierung beschließt ein Sonderprogramm zur Eingliederung der deutschen Aussiedler.
3. 10. 1988 In Regensburg stirbt der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß im Alter von 73 Jahren.
- 24.—27. 10. 1988 Besuch einer Regierungsdelegation unter Führung von Bundeskanzler Helmut Kohl in Moskau. Die Gespräche mit der sowjetischen Staats- und Parteiführung sollen beim Gegenbesuch von Generalsekretär Gorbatschow im ersten

Halbjahr 1989 in Bonn fortgesetzt werden. — In Moskau wurden folgende Abkommen unterzeichnet:

- Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes,
- erstes Programm der kulturellen Zusammenarbeit für die Jahre 1988 und 1989,
- Abkommen über die frühzeitige Benachrichtigung bei einem nuklearen Unfall und den Informationsaustausch über Kernanlagen,
- Abkommen über die Verhütung von Zwischenfällen auf See außerhalb der Hoheitsgewässer,
- Abkommen über die Förderung der Zusammenarbeit von Unternehmen, Firmen und Organisationen im Bereich der Nahrungsmittelindustrie,
- Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Erforschung und Nutzung des Weltraums zu friedlichen Zwecken.